

Gerhard Scherhorn

## Wird der fordistische Gesellschaftsvertrag aufgekündigt ?

Vortrag auf dem Jahreskongreß 1996 des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen

Die Einsicht des Henry Ford "Ich zahle meinen Arbeitern gute Löhne, damit sie meine Autos kaufen können" hat ein stillschweigendes Einverständnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf den Punkt gebracht, das die letzten hundert Jahre lang gegolten hat. Es sieht so aus, als ginge diese Einsicht in den heutigen Unternehmen verloren. Immer mehr von ihnen scheinen entschlossen, das bisherige Einverständnis aufzukündigen. Wenn es tatsächlich aufgekündigt wird, so kann man wohl fragen, ob damit auch das Zeitalter des Massenwohlstands zuende geht. Denn der Massenwohlstand war auf den fordistischen Gesellschaftsvertrag gegründet.

Diesen Vertrag beschreiben zwei englische Autoren (Gabriel & Lang, 1995, 18) als *die ungeschriebene Übereinkunft, steigender Lebensstandard und dauernde Beschäftigung sei der Lohn für die Bereitschaft, entfremdende Arbeitsbedingungen ohne übermäßiges Widerstreben hinzunehmen* ("the unwritten understanding that ever-increasing living standards and continuing employment would be the reward for accepting alienating work without excessive dissent").

Eine Vorstellung dieser Art liegt der Einstellung der Arbeitnehmer und Konsumenten zur Industriegesellschaft ohne Zweifel zugrunde. Sie ist im allgemeinen Bewußtsein, jeder kann das nachprüfen. Die Berufsarbeit wird von der Mehrheit der Arbeitnehmer nicht aus Freude an der Tätigkeit, nicht aus Interesse an der Sache geschätzt. In einer neueren Umfrage des BAT-Freizeitforschungsinstituts sagten nur 28 Prozent der Erwerbstätigen, ihre Arbeit mache ihnen auch Freude. Gut die Hälfte - bei den Beamten sogar 63 Prozent, bei den leitenden Angestellten immerhin 48 Prozent - sagten, sie könnten ihre Ideen nur außerhalb des Berufs realisieren.

Die Berufsarbeit ist offenbar auch heute noch so organisiert, daß eine Mehrheit der Arbeitenden den Ansporn zu ihrer Tätigkeit nicht in der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Arbeit, in den täglichen Herausforderungen oder im selbstbestimmten und verantwortlichen Mitarbeiten sehen kann. Sie sieht ihn stattdessen in der Erzielung von Einkommen, in der Finanzierung eines immer komfortableren und aufwendigeren Freizeitens. *Keine befriedigende Arbeit, aber dafür immer mehr Konsum*: So bildet sich der fordistische Gesellschaftsvertrag im allgemeinen Bewußtsein ab. Und zumindest im Unterbewußtsein gehört zu diesem Bild auch, daß der Massenkonsum und seine fortgesetzte Steigerung zu einem nicht geringen Teil mit dem Raubbau an der natürlichen Mitwelt und der Zerstörung unserer eigenen Lebensgrundlagen erkaufte wird.



Die andere Seite dieses Vertrages ist, daß konsumiert werden *muß*, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben. In den letzten Jahrzehnten hatte sich denn auch, wie ich aus meinen eigenen Untersuchungen weiß, die stillschweigende Überzeugung herausgebildet, immer mehr zu konsumieren sei nicht nur ein wohlerworbenes Recht, sondern auch eine gesellschaftliche Pflicht; die Arbeitsplätze seien gefährdet, wenn die Konsumenten nur so viele Güter kauften wie sie wirklich brauchten. Die Vorstellung von der "Pflicht zum Konsum" (Baudrillard, 1988) war möglicherweise die letzte Zuspitzung des fordistischen Gesellschaftsvertrages.

Denn neuerdings kommen Zweifel auf, ob der Vertrag noch gilt. Für solche Zweifel gibt es Anlässe genug. Sie stehen fast täglich in der Zeitung. Wie soll man auch darüber hinwegsehen, daß nun schon seit gut 20 Jahren die Konjunkturaufschwünge nicht mehr so viele neue Arbeitsplätze schaffen wie im vorangegangenen Abschwung freigesetzt worden sind? Wie soll man damit fertigwerden, daß selbst die Gewerkschaften nur noch eine Halbierung der Arbeitslosenzahl fordern, während im Unternehmerlager bereits die Halbierung der Beschäftigtenzahl vorausgesagt wird? Wie soll man auf die Dauer das Gefühl beiseiteschieben, daß das Sozialprodukt in beträchtlichem Maße (inzwischen schon zu mehr als der Hälfte, vgl. Scherhorn et al., 1996) durch die Schäden an Natur, Gesundheit und Nachwelt entwertet wird, die sie verursacht, und daß der Nettowohlstand in Wahrheit gar nicht mehr zunimmt? Wie kann weiteres Wachstum des Sozialprodukts noch gerechtfertigt sein, wenn es immer weniger Menschen zugutekommt, und auch für diese mehr Schaden anrichtet als Nutzen schafft? Und warum sollte man sich andererseits vor dem Ende eines Wachstums fürchten, das - richtig gerechnet - den Wohlstand gar nicht mehr erhöht?

Diese Entwicklung war im fordistischen Gesellschaftsvertrag von vornherein angelegt. Aber erst heute erkennen wir handgreiflich, warum das so war - weil er auf einer Verzerrung der Relationen zwischen den Produktionsfaktoren beruhte:

- Der Produktionsfaktor NATUR ist in Relation zu ARBEIT *zu billig*. Denn für den Verbrauch naturgegebener Ressourcen - für die Verringerung der Erdölvorräte, die Zerstörung des Bodens, die Verschmutzung von Luft und Wasser - muß nichts oder nur sehr wenig gezahlt werden. Das verbilligt die in der Produktion eingesetzten Sachanlagen, also den Produktionsfaktor KAPITAL. Der Einsatz von ARBEIT dagegen wird mit Lohnsteuern und Sozialabgaben belastet. So wird der technische Fortschritt auf die Substitution des teureren Produktionsfaktors durch den billigeren gelenkt, auf den Ersatz von ARBEIT durch KAPITAL. Dadurch wurde die Produktivität der Arbeit zunächst in so bescheidenem Maße gefördert, daß die Zunahme der Nachfrage mit ihr Schritt halten konnte. Inzwischen ist die Produktivität der Nachfrage weit voraus. So geht der technische Fortschritt heute nicht mehr nur auf Kosten der natürlichen Mitwelt, sondern auch auf Kosten der Arbeitsplätze - *Arbeitsplatzvernichtung und Naturzerstörung haben die gleiche Ursache.*



- Die Globalisierungstendenz der letzten Jahre hat die Verzerrung der Relationen noch bedeutend verschärft. Denn KAPITAL wird nun auch *zu mobil* in Relation zu ARBEIT und NATUR. Es kann sich ungehindert die Standorte mit den jeweils billigsten Arbeitskräften und schwächsten Umweltschutzvorschriften suchen. Dadurch wird jedoch die Grundlage des Freihandels aufgehoben, das berühmte "Gesetz der komparativen Kostenvorteile". Es hat bisher dafür gesorgt, daß der internationale Handel, jedenfalls bei annähernd gleichem Entwicklungsstand, für alle beteiligten Länder vorteilhaft war. Denn für jedes Land war es lohnend, sich im Export auf Produkte zu konzentrieren, die es relativ günstig herstellen konnte, und Güter einzuführen, die im Ausland zu vergleichsweise geringeren Kosten produziert wurden. Doch das gilt nur, wenn alle drei Produktionsfaktoren im Lande bleiben. Bei internationaler Mobilität des KAPITALS muß man damit rechnen, daß einzelne Länder oder Regionen alle Kostenvorteile auf sich vereinigen (Daly, 1993), so daß die nationalen - und innerhalb der Nationen die regionalen - Wohlstandsunterschiede größer statt kleiner werden. Das ist nicht der einzige Nachteil der unbegrenzten Kapitalmobilität. Der zweite besteht in der zunehmenden Ungleichheit der "funktionalen" Verteilung der Erträge auf die Produktionsfaktoren: Die Kapitaleinkommen steigen schneller, für die Arbeitseinkommen bleibt immer weniger übrig. Der dritte Nachteil liegt in dem zunehmenden Überschuß der weltweit umlaufenden Geldmenge über die reale Produktion, der zu einer bedrohlichen Instabilität auf den Geld- und Kapitalmärkten führt.

Beide Ungleichgewichte zusammengenommen - daß Kapital relativ zu billig und zu mobil ist - stehen hinter der Tendenz in den Unternehmen, Arbeitsplätze zu streichen und Löhne zu verringern. Das geschieht derzeit in großem Maßstab, und nicht nur vorübergehend. Es geschieht zwar im allgemeinen nicht mutwillig, sondern unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs, der infolge der anarchischen Mobilität des Kapitals immer heftiger wird, und der dadurch verstärkten funktionalen Ungleichverteilung, die dazu zwingt, den Anteil der Arbeitseinkommen am Produktionsergebnis fortlaufend zu verringern.

Dennoch erscheint es als ein unverantwortliches Vorgehen, weil es keine Rücksicht auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge nimmt, auf die die Marktwirtschaft letztlich gegründet ist. Sie beruht darauf, daß die Gesellschaft auch solche sozial notwendigen Motivationen, Fähigkeiten, Regeln und Aktionen beisteuert, die der Markt nicht hervorbringen kann. Auf eine einfache Formel gebracht: Der Markt stellt nur private Güter zur Verfügung; nötig sind aber auch die öffentlichen Güter, die der Staat finanziert, wenn die Bürger ihm die Mittel dafür geben, und die Gemeinschaftsgüter, die die Bürger in "kollektiven Aktionen" selbst herstellen bzw. erhalten. Gemeinschaftsgüter sind die Luft, das Wasser, die Rohstoffe, die natürliche Mitwelt, aber auch die Solidarität und die Kooperation zwischen den Menschen, z.B. in Arbeitsgruppen, in Nachbarschaften, Vereinen, Parteien. *Es ist vor allem die Mitarbeit an Gemeinschaftsgütern, die von Unternehmen derzeit aufgekündigt wird.*



So steht der bisherige Konsens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Frage, wenn einem Teil der Arbeitnehmer das Anrecht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall entzogen werden soll. Die Verantwortung für die natürliche Mitwelt wird geleugnet, wenn Unternehmen sich international den Standort mit den schwächsten Umweltschutzvorschriften suchen. Und auch die staatsbürgerliche Solidarität nimmt Schaden, wenn sie im Inland weiter ihre Produkte absetzen, ihm aber die Einkommen entziehen, mit denen die Produkte gekauft werden könnten, und die Steuereinnahmen, aus denen die Infrastruktur finanziert werden müßte.

Mit einem Wort: Den fordistischen Gesellschaftsvertrag einseitig und bedenkenlos aufzukündigen, dürfte zu unberechenbaren Reaktionen führen. Andererseits kann er auch nicht unverändert beibehalten werden; denn die Umwelt- und Arbeitsplatzvernichtung würde weitergehen. Abhilfe ist nur von einem neuen Gesellschaftsvertrag zu erwarten - von einer Änderung der Rahmenbedingungen, die die heutige Situation herbeigeführt haben:

- Eine ökologische Steuerreform, wenn sie außenwirtschaftlich abgesichert wird, kann nicht nur die Umweltzerstörung beenden, sondern auch wieder mehr Arbeitsplätze schaffen. Denn sie würde die Preisrelationen der Produktionsfaktoren entzerren: NATUR und damit KAPITAL würden teurer, ARBEIT billiger, wenn die Lohnnebenkosten und (zumindest ein Teil der) Lohnsteuern durch die Besteuerung von Energie- und Stoffströmen ersetzt würden. Das wäre kein Verstoß gegen marktwirtschaftliche Prinzipien. Die grundlegenden Relationen zwischen den Preisen der Produktionsfaktoren bilden sich in keinem Wirtschaftssystem der Welt auf dem Markt; sie werden vom Staat festgelegt, ob das nun planvoll oder ungewollt geschieht. Er sich bisher dafür entschieden, nicht die Inanspruchnahme von Natur - die Verringerung der Rohstoffvorräte z.B. - mit Abgaben zu belasten, sondern die Inanspruchnahme von Arbeit. Das muß jetzt korrigiert werden; zumindest die Lohnnebenkosten, möglichst aber auch Teile der Lohnsteuer müssen aus dem Aufkommen von Steuern finanziert werden, die den Verbrauch an fossiler Energie und möglichst auch den Verbrauch an nicht nachwachsenden Rohstoffen, an Düngemitteln und Umweltgiften belasten. Solange die Korrektur nicht von allen Regierungen durchgeführt wird, muß sie in den vordreschenden Ländern durch Umweltklauseln (Ausgleichsabgaben auf Importe aus Ländern mit niedrigeren Umweltstandards) gegen Wettbewerbsverzerrungen abgesichert werden.
- Vollbeschäftigung mit Vollzeitarbeit ist freilich auch mit einer ökologischen Steuerreform nicht wieder erreichbar; denn diese kann nur die Verzerrung der Faktorpreisrelationen beseitigen. Dadurch wird zwar die Inanspruchnahme von Arbeitskräften im eigenen Land billiger, so daß die Beschäftigungschancen hier zunehmen; aber international wird nur das "Ökodumping" beseitigt, nicht auch das "Sozialdumping". Und selbst wenn dem internationalen Handel Sozialklauseln (Ausgleichsabgaben auf Importe aus Niedriglohnländern)



aufgelegt werden, so kann es dabei nur um eine Verhinderung extremer Wettbewerbsverzerrungen gehen; im Prinzip werden und sollen die Unternehmen nicht daran gehindert werden, Standorte mit geringeren Lohnkosten zu suchen. Denn das kann, wenn es nicht zu abrupt geschieht, ein wirksames Instrument für die internationale Angleichung der Lebensbedingungen sein.

- Vollbeschäftigung kann daher nur von einer Lösung bewirkt werden, die die Angleichung akzeptiert. Sie muß, wohlgemerkt, nicht an die Stelle der Steuerreform treten, sondern neben sie: Vollbeschäftigung erreichen wir nur durch Arbeitszeitverkürzung in großem Stil, also Verzicht auf das "Normalarbeitsverhältnis" (die Vollzeitbeschäftigung). Es hat eine kurze Zeitspanne lang - hundert Jahre? - die Wirtschaftsgeschichte bestimmt. Daß es jetzt abgelöst wird, muß man nicht als Nachteil betrachten. Denn es hat den allgemeinen Wohlstand nicht nur gefördert, es hat ihn in bestimmter Hinsicht auch gefährdet, weil es die Möglichkeiten der Selbstversorgung fast auf Null reduziert hat. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß der Markt der Gesellschaft besser dient, wenn die Menschen nicht vollständig von ihm abhängig sind (Polanyi, 1941). Sie sind nicht vollständig vom Markt abhängig, wenn es einen gewissen Schutz der regionalen vor der internationalen Wirtschaft gibt, und wenn ein nennenswerter Teil der benötigten Güter im informellen Sektor produziert wird.

Die erste Bedingung - Schutz der regionalen Wirtschaft - würde schon durch die ökologische Steuerreform weitgehend hergestellt, die ja den Energieverbrauch und damit den Transport verteuert. Die zweite Bedingung - mehr informelle Produktion - würde dadurch erreicht, daß möglichst viele Erwerbstätige weniger Zeit auf den Beruf und mehr Zeit auf die nichtberuflichen Tätigkeiten verwenden, also durch *intrapersonale* Arbeitsteilung zwischen dem formellen Sektor (dem Sektor der Berufsarbeit) und dem informellen Sektor (dem Sektor der nichtberuflichen Tätigkeiten, von der Hausarbeit über die Kindererziehung und die Nachbarschaftshilfe bis hin zur Mitarbeit an kollektiven Aktionen etwa in Vereinen und Bürgerinitiativen, im kommunalen Klimaschutz oder in Umweltverbänden). Das würde den Grad an Selbstversorgung ein wenig erhöhen; denn natürlich bleiben wir auf den Markt angewiesen, und wollen es auch. Aber das Wenige an informell erzeugten privaten Gütern und Gemeinschaftsgütern hätte eine große Wirkung: Es würde die Lebensqualität steigern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Dazu müßten die Regierungen die bisherige Diskriminierung des informellen Sektors beenden. Noch herrscht die Vorstellung, das ("formelle") Herstellen, Transportieren und Verkaufen von Waren sei *Produktion* und diene der Befriedigung der Bedürfnisse, das ("informelle") Zubereiten von Mahlzeiten, Aufziehen von Kindern, Nähen von Kleidern usw. aber sei *Reproduktion* und diene der Aufrechterhaltung der Produktion. Diese Vorstellung begründet staatliche Eingriffe in die *Infrastruktur*, die die Kosten der formellen Produktion senken und



ihr Hindernisse aus dem Weg räumen. Das stärkt die Durchsetzungsmacht des formellen Sektors, der mehr und mehr die Bedürfnisse des informellen, für die er produziert, selbst definiert. Es waren und sind die staatlichen Regelungen, die die Entwicklung der Bedürfnisse lenken: für den Bau von Autostraßen und damit gegen den Bahn-, Fahrrad- und Fußverkehr, für das Monopol der Stromkonzerne und damit gegen die dezentrale Eigenproduktion von Energie, für industriell produzierte Nahrungsmittel und damit gegen dezentrale Eigenproduktion von Nahrung, usw. Um diese Diskriminierung abzubauen, ist die Korrektur der Faktorpreisrelationen durch ökologische Steuerreform eine notwendige, aber noch keine ausreichende Bedingung.

Was hinzukommen muß, sind Arbeitszeitverkürzung und intrapersonale Arbeitsteilung. Bisher war die *interpersonale* Arbeitsteilung die gesellschaftliche Norm: Männer arbeiteten im Beruf, Frauen besorgten die informellen Tätigkeiten. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung könnte dazu führen, daß beide sowohl formelle als auch informelle Arbeit leisten, also sich *intrapersonal* in die Aufgaben der beiden Sektoren teilen. Dazu bieten sich viele Möglichkeiten an, die alle nebeneinander praktiziert werden können, von der täglichen Teilzeitarbeit bis zum Sabbatjahr. Daß es realisierbare Möglichkeiten sind, beweisen die Niederlande: Dort arbeiten inzwischen bereits 35 Prozent aller Erwerbstätigen in Teilzeit, mit steigender Tendenz, die Arbeitslosenquote ist deutlich niedriger als in Deutschland, und in der gewonnenen Zeit wird viel von dem entgangenen Einkommen durch Eigenarbeit ausgeglichen.

Damit die Teilzeitarbeit *realisiert* wird, muß sie zum einen in den Unternehmen und Behörden gefördert werden, in deren Führungsetagen sich viele noch vehement gegen die Arbeitszeitverkürzung stellen, teils weil sie ihre eigene Unteilbarkeit und Unentbehrlichkeit in Frage gestellt sehen - das wäre durch Information und Vorbild überwindbar -, teils auch weil mit der Teilzeitarbeit eine leichte Erhöhung der Personalkosten verbunden sein kann - das kann durch politische und organisatorische Änderungen vermieden werden.

Zum anderen muß die Arbeitszeitverkürzung mit einer planvollen Stärkung der informellen Produktion verbunden sein. Das aber wird überhaupt erst denkbar, wenn die ökologische Steuerreform den Weg geebnet hat. Denn dann ist es kein Dogma mehr, daß nur die berufliche Arbeit Werte schafft, die Sozialabgaben werden nicht mehr auf das Arbeitseinkommen erhoben, also kann man auch freier über den Erwerb von Realeinkommen denken, der in der berufsfreien Zeit stattfindet. Er besteht darin, daß Konsumenten den Kauf eines Marktgutes einsparen, beispielsweise indem sie es *eintauschen* gegen eigene Leistungen, sei es in eigener Initiative oder im Rahmen eines Tauschrings; indem sie es *mieten, leihen* oder auch mit anderen *teilen*; indem sie eine eigene Variante des Produkts *selbst herstellen*; indem sie das Produkt zwar auf dem Markt erwerben, aber durch *bedachtsames Kaufen* - nach sorgfältiger Information und Abwägung - u.U. viel Geld dabei sparen; oder indem sie sich als Ergebnis dieser Art von Ei-



genarbeit die Freiheit nehmen, auf den Bedarf ganz zu *verzichten*, das Gut also als entbehrlich oder gar als unerwünscht zu betrachten.

Zur *Eigenarbeit* kann man alle in der Aufzählung genannten Tätigkeiten zählen, nicht nur das Selbermachen. Auch das Beschaffen von Informationen, die abwägende Entscheidung ist Arbeit. "Eigenarbeit heißt nicht nur Eigenproduktion; dieser Begriff existiert, er braucht kein Synonym. Was gebraucht wird, ist eine Bezeichnung für eine Bedarfsdeckung, die man selbständig und selbstbestimmt besorgt. Das ist mit Eigenarbeit gemeint. Es schließt neben den genannten Tätigkeiten auch die *Hilfeleistung* etwa in der Form der Nachbarschaftshilfe ein. Und nicht zuletzt gehört auch die Beteiligung an Gemeinschaftsaufgaben dazu: das *kollektive Handeln* in Bürgerinitiativen, politischen Parteien, Wahlversammlungen, Demonstrationen, Boykottaktionen, gemeinsamer Umweltschonung usw. Nicht zur Eigenarbeit gehört demnach das fraglose, fremdbestimmte Befolgen der von der Produktion ausgehenden Signale. Wenn die Produktion alle Bedürfnisse definiert, zerstört sie den Erfahrungsraum, der die Voraussetzungen dafür schafft, daß der Markt seine Funktion erfüllen kann. In der Eigenarbeit sorgt man mit anderen zusammen für die Erledigung von Gemeinschaftsaufgaben; erzieht seine Kinder so, daß der Generationenvertrag weitergegeben werden kann; kümmert sich um andere Menschen; sorgt sich um die natürliche Mitwelt; übernimmt politische Verantwortung; kommt für sich selbst auf - und das alles ohne dafür entlohnt zu werden. Eigenarbeit hat keinen Preis; wer im informellen Sektor tätig ist, wird vielleicht alimentiert (erhält einen Unterhaltszuschuß), aber nicht entlohnt wie im formellen Sektor. Also ist es das selbstbestimmte, nichtentfremdete und meist auch sozial verpflichtete Tun, das das Wesen der Eigenarbeit ausmacht." (Scherhorn, 1996).

In dieser Perspektive liegen große Chancen, nicht nur für die Beschäftigung, auch für die Subsistenz. Wird die Arbeit im informellen Sektor ermutigt, so können die informellen Tätigkeiten einen namhaften Beitrag zur Subsistenz leisten, also wird die Abhängigkeit von der formellen Produktion verringert. Sie wird nur ein wenig verringert, aber gerade darauf kommt es an. Die privaten Haushalte kommen dann mit weniger Erwerbseinkommen aus, teils weil sie nicht mehr so viel entfremdete Berufsarbeit kompensieren müssen und teils weil sie sich in etwas höherem Maße als bisher mit Sachgütern und Diensten selbst versorgen. Auch die Eigenständigkeit der Regionen ist dann besser zu verteidigen, weil die größere Kapazität für Eigenarbeit den lokalen und regionalen Zusammenhalt stärkt.

Das zusätzliche Realeinkommen und die vermehrte Lebensqualität, die von der Eigenarbeit ausgehen, können die mit einer maßvollen Arbeitszeitverkürzung einhergehende Einkommenseinbuße auszugleichen; damit dieser Ausgleich zustandekommt, müssen auf lokaler, kommunaler Ebene die Chancen für Eigenarbeit vermehrt werden. Eigenarbeit setzt voraus, daß es in Nachbarschaftswerkstätten oder "Häusern der Eigenarbeit" (Redler & Horz, 1994)



genügend Möglichkeiten der Eigenproduktion gibt; daß man Güter tauschen, teilen, leihen und mieten kann, daß für bedachtsames Kaufen genügend Information zur Verfügung steht. Dafür zu sorgen, heißt keineswegs der formellen Produktion Absatzchancen nehmen; denn was die Arbeitszeitverkürzung den einen an Erwerbseinkommen nimmt, das gibt sie den anderen, die dadurch Arbeit finden, den Gemeinden, die vor der Überforderung durch die Lasten der Sozialhilfe bewahrt werden, und der Allgemeinheit, die riesige Summen an Arbeitslosenunterstützung spart.

Vor allem aber liegt hier eine - bei fortschreitender Globalisierung sicher die einzige - Möglichkeit, den gesellschaftlichen Frieden zu wahren und die sozialen Beziehungen zu stärken. Es ist auf Dauer weder finanzierbar noch menschengemäß, das zunehmende Beschäftigungsrisiko auf die Arbeitslosen abzuwälzen und deren Deprivation mit Geldzuwendungen auszugleichen. Das mag vertretbar gewesen sein, solange man Arbeitslosigkeit für eine vorübergehende, konjunkturelle Erscheinung halten konnte. Doch heute haben wir es mit einer strukturellen Freisetzung von Arbeitskräften zu tun, die im Kern unabwendbar ist und weitergehen wird. In dieser Situation müssen wir uns darauf besinnen, daß Menschen nicht nur Konsum brauchen, sondern auch Arbeit; und wenn auch manche in informellen Tätigkeiten zufrieden aufgehen mögen, so brauchen doch die meisten die Herausforderungen und die soziale Geborgenheit der Berufsarbeit. Manchmal wird mir entgegengehalten, bei immer weiterer Steigerung der Produktivität könnten wir die Güterproduktion doch den Robotern überlassen und die entstehenden Einkommen so verteilen, daß jeder genug zum Leben hat. Diese Vorstellung geht nicht nur an der Tatsache vorbei, daß die Einkommen dann ausschließlich den Kapitaleignern zufließen würden. Sie verkennt auch das elementare Bedürfnis, in sinnvoller und gesellschaftlich geschätzter Berufsarbeit Auskommen und Befriedigung zu finden.

Und sie übersieht eine ungeheure Chance für die Weiterentwicklung der formellen Tätigkeiten, die in der Ausdehnung der informellen liegt. Wird die Arbeit im informellen Sektor - auch von Männern - ernstgenommen und länger ausgeübt, so wird sich ihr selbstbestimmter, verpflichteter, nichtentfremdeter Charakter auf den formellen Sektor übertragen, der übrigens auch von sich aus eine Tendenz zeigt, die Produktion zu dezentralisieren und Arbeitsgruppen selbständiger entscheiden zu lassen. Auf diese Weise kann sich nach und nach der Charakter der Berufsarbeit ändern. Es muß nicht so bleiben, daß die Erwerbstätigkeit als notwendiges Übel, als fremdbestimmt und frustrierend betrachtet wird und man ihre einzige Rechtfertigung in dem Einkommen sieht, das sie verschafft.

Es ist möglich, auch die Berufsarbeit so zu gestalten, daß sie die dreifache Funktion erfüllen kann, die E.F. Schumacher (1965) beschrieben hat: "Die Arbeit gibt dem Menschen die Chance, seine Fähigkeiten auszuüben und zu entfalten. Sie vereinigt ihn mit anderen Menschen zu einer gemeinsamen Aufgabe. Sie verschafft ihm die Mittel für ein menschenwürdiges





Dasein". Erst wenn das erreicht ist, wird der fordistische Gesellschaftsvertrag endgültig überholt sein.

Das ökonomische Problem des 21. Jahrhunderts ist nicht mehr die Produktion, sondern *die Verteilung* - die funktionale Verteilung zwischen den Produktionsfaktoren und damit auch zwischen Mensch und Umwelt, die personale Verteilung zwischen den Arbeitskräften wie auch zwischen dem formellen und dem informellen Sektor, und nicht zuletzt die regionale Verteilung zwischen strukturstarken und strukturschwachen Gebieten. Wir haben noch zu entdecken, daß diese Aufgaben mit Ansätzen wie den hier skizzierten bewältigt werden können. Aber sie müssen planvoll angegangen werden, nicht anarchisch, wie es zur Zeit den Anschein hat. Versagen wir vor ihnen, so ist politische Instabilität, wenn nicht Chaos, die absehbare Folge. Denn die Aufkündigung des fordistischen Gesellschaftsvertrags kann nur dann zu einem neuen Gleichgewicht führen, wenn eine sozial, ökologisch und ökonomisch tragfähige Konzeption dahintersteht.

Diese Konzeption kann nicht allein umweltorientiert sein, und sie kann nicht allein beschäftigungsorientiert sein. Sie muß aus der Erkenntnis erwachsen, daß Umweltzerstörung und Arbeitsplatzvernichtung die gleichen Ursachen haben und daher *mit den gleichen Ansätzen zu behandeln sind*. Das ist die Herausforderung, vor der wir heute stehen. Wir werden ihr nicht gerecht, wenn wir undifferenziert im Umweltschutz den Jobkiller und in der Globalisierung die große Hoffnung sehen, wie es heute vielfach geschieht. Die Früchte des Globalisierungsprozesses werden wir nur ernten, wenn wir den Prozeß durch ökologische Steuerreform, Arbeitszeitverkürzung, Förderung der informellen Wirtschaftstätigkeiten - und, was ich hier nicht behandelt habe, Eindämmung der explosiven Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten etwa durch Reduktion der staatlichen Kreditnachfrage, Einführung einer globalen Börsenaufsicht u.a. - in geregelte Bahnen lenken. Überlassen wir ihn sich selbst, so werden Umweltzerstörung und Arbeitsplatzvernichtung weitergehen wie bisher.

#### LITERATURHINWEISE

Baudrillard, Jean (1988). Consumer society. In: M. Poster (Ed.), *Jean Baudrillard: Selected writings*, S. 26-55. Oxford: Basil Blackwell.

Daly, Herman E. (1993). The perils of free trade. *Scientific American*, November 1993, 51-57. Deutsche Version: Daly, Herman E. (1994). Die Gefahren des freien Handels. *Spektrum der Wissenschaft*, Januar 1994, 40-46.

Gabriel, Yiannis & Lang, Tim (1995). *The unmanageable consumer. Contemporary consumption and its fragmentations*. London: Sage Publications.

Polanyi, Karl (1941). *The great transformation*. New York: Farrar. Deutsche Taschenbuchausgabe (1978): *Die große Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt: Suhrkamp.



Redler, Elisabeth & Horz, Kurt (1994). *Langer Atem für die Eigenarbeit. Bilanz eines Forschungsprojekts*. München: anstiftung, Daiserstr. 15.

Scherhorn, Gerhard (1996). *Christine v. Weizsäcker: Gedanken zur Eigenarbeit*. Notizen im Anschluß an ein Gespräch mit CvW am 4. Juli 1996. Unveröffentlichtes Manuskript.

Scherhorn, Gerhard; Haas, Hendrik; Hellenthal, Frank & Scibold, Sabine (1996). *Informationen über Wohlfahrtskosten*. Stuttgart: Universität Hohenheim, Lehrstuhl für Konsumtheorie und Verbraucherpolitik, Arbeitspapier 66, Zweite überarbeitete Auflage. Wird 1997 in einer erweiterten Fassung im Druck erscheinen.

Schumacher, Ernst F. (1965). Buddhist economics. In: G. Wint (Ed.), *Asia. A Handbook*, pp. 695-701. London.

Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

